



Unersetzlich

Erdal Aslan
zu Rumänen und Bulgaren

erdal.aslan@vrm.de

Wer die Beraterinnen des Ehap-Büros begleitet, merkt schnell, welchen Stellenwert sie für die Neuzugewanderten aus Bulgarien und Rumänien darstellen. Vor allem die Obdachlosen betrachten sie als die einzigen Menschen (neben den Teestube-Mitarbeitern), die ihnen in dieser Stadt Gehör schenken. Die meisten Wiesbadener bekommen nichts davon mit, mit welcher harten Schicksalen sich die Frauen befassen müssen, von denen wir hier nur einen Bruchteil abbilden konnten. Natürlich: Wer sich freiwillig auf

Die Stadt muss die Finanzierung übernehmen

den Weg in dieses Land macht, ist zunächst selbst für sich verantwortlich. Aber wer will es diesen Europäern verdenken, die oft aus ganz armen Verhältnissen stammen, dass sie für sich und ihre Familien ein besseres Leben wollen? Ihre Zahl wird, so zeigt es die Entwicklung, weiter steigen. Die Stadt und ihre Bürger müssen daher bessere Wege finden, die verhindern, dass so viele von ihnen auf der Straße oder in der Sucht enden. Ebenso, dass sie als billige Arbeitskräfte ausgenutzt werden (wenngleich manche das bewusst mitmachen). Die Beratungsstellen leisten schon hervorragende Arbeit, die unersetzlich ist. Wenn die EU-Förderung für das Projekt ausgelaufen ist, muss die Stadt die Finanzierung übernehmen. Eine Aufgabe für die neuen Stadtverordneten.

CDU stärkste Kraft trotz leichter Verluste

Vorläufiges Endergebnis bestätigt Grüne als große Kommunalwahl-Gewinner / 13 Parteien sind drin

Von André Domes

WIESBADEN. Die Entscheidung ist gefallen: 13 Parteien werden in der am 1. April beginnenden Wahlperiode in der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung vertreten sein – so viele wie noch nie. Nach Auszählung aller Stimmzettel in den 260 Wahlbezirken der Landeshauptstadt steht die CDU als stärkste Kraft fest. Nachdem sich die Christdemokraten lange ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit den deutlich gestärkten Grünen

die Hälfte und landet bei 6,5 Prozent (fünf Sitze). Annähernd unverändert sind die Stimmenanteile von FDP und Linke. Die Liberalen verbessern sich leicht um 0,6 Punkte auf 10,4 Prozent (acht Sitze), die Linke bestätigt mit 6,2 Prozent ihr Ergebnis von 2016 und entsendet fünf Stadtverordnete.

Die letzte Partei, die aus eigenem Kraft den begehrten Fraktionsstatus von drei Mandaten erreicht, ist Volt, die in Wiesbaden zum ersten Mal an einer Kommunalwahl teilgenommen hat. 3,8 Prozent der Stimmen bedeuten den zweitgrößten Zugewinn an Stimmen nach den Grünen. Zwei Mandate erringen die Freien Wähler (2,5 Prozent). Je ein Sitz entfällt auf die

KOMMUNALWAHL

2021



Straßensozialarbeit: Valentina Neacsiu (Mitte) von Ehap berät einen Suchtkranken auf dem Faulbrunnenplatz. Alice Krome von der Teestube unterstützt sie. Foto: Volker Watschounek

Hoffnung endet oft auf der Straße

Zahl der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien steigt stetig / Ehap-Beratungsstelle bangt um Erhalt des Angebots

Von Erdal Aslan

WIESBADEN. Ohne Ausbildung, ohne Sprachkenntnisse und oft ohne eine Bleibe – aber mit der Hoffnung auf ein besseres Leben: Seit der EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit, die seit 2014 für Bulgarien und Rumänien gilt, wandern viele Menschen aus diesen Ländern ein. Ihre Zahl hat sich auch in Wiesbaden seitdem deutlich mehr als verdoppelt: Laut Statistikamt leben derzeit 3605 Bulgaren und 3875 Rumänen in Wiesbaden. Aber ihre Hoffnung auf ein besseres Leben endet nicht selten auf der Straße, wissen Valentina Neacsiu und Mariya Hadzhieva.

Die beiden Frauen beraten in der Rheinstraße 65 diese stark benachteiligten Zuwanderer: Sie sind für das von der EU geförderte Projekt Ehap des Diakonischen Werks tätig. „Wir sind die erste Anlaufstelle für diese Menschen, die manchmal nicht mal einen Ausweis dabei haben“, sagt Neacsiu. Sie stammt aus Rumänien, ihre Kollegin aus Bulgarien.

Bei den meisten Klienten handelt es sich um alleinstehende,

wohnungslose Männer. „Viele von ihnen kommen bei Freunden oder Verwandten unter. Aber es gibt leider mittlerweile auch genug Obdachlose unter ihnen, weil sie es hier nicht schaffen“, sagt Hadzhieva. Den hohen Anteil bestätigen die Männerunterkunft der Heilsarmee und die Teestube, in der Menschen ohne Wohnsitz eine Postadresse erhalten.

Seit 2019 kümmern sich die beiden Frauen auch um Familien mit Kindern bis sieben Jahre aus diesen Ländern. Das war früher Aufgabe der Awo-Beratungsstelle in der Walramstraße. „Die Awo ist als Kooperationspartner ausgeschieden, da sie wegen des Insolvenzverfahrens nicht mehr als förderfähig gilt“, erläutert Lukas Günther, der das Projekt leitet, in das auch der Verein Migramundi involviert ist.

Die Arbeit mit der stetig wachsenden Zahl dieser Menschen

nimmt eine immer wichtigere Rolle in der Stadt ein. Dazu gehört auch Straßensozialarbeit, bei der die Frauen geradezu von Hilfesuchenden überlaufen werden. Und die Arbeit wird nicht weniger: Trotz Corona sind im Jahr 2020 insgesamt 950 neue Klienten dazugekommen.

2019 lag diese Zahl nur geringfügig höher bei 1200. „In ihren Heimatländern herrschen hohe Arbeitslosigkeit und Armut, deshalb wollen sie weg“, erklärt Neacsiu.

Viele gehören auch dort schon zum Rand der Gesellschaft. Das Duo schätzt, dass etwa 30 Prozent der Zugewanderten Roma sind. Bei vielen Bulgaren handelt es sich um Menschen aus der türkischen Minderheit in Bulgarien, weshalb sie auch Türkisch sprechen. „Sie finden daher leichter Anschluss und Wohnungen im inneren Westend“, sagt Hadzhieva. Dort werden sie

aber von einigen Vermietern und Arbeitgebern ausgenutzt. Ob sie nun als Selbstständige oder trotz Vollzeit als Minijobber eingetragen werden oder in kleinsten, überbelegten Wohnungen zu teuren Mieten wohnen. „Sie sind aber froh, dass sie überhaupt irgendwo unterkommen oder arbeiten können.“ Manchmal gibt es jedoch ein böses Erwachen, wenn das Finanzamt von den „Selbstständigen“ auf einmal mehrere Tausend Euro fordert. Während der Coronakrise hätten zudem viele ihre befristeten Stellen verloren.

Eine Krankenversicherung haben nur die wenigsten. Zuletzt gab es einen schweren Fall, als einem Suchtkranken die Zehen abgefroren sind. Nur über Spenden, die die Teestube organisiert hat, wird man die Amputation durchführen können. „Ich bin in Kontakt mit seiner Familie in Rumänien. Wir wollen helfen, dass er zu ihr zurückreisen kann“, erzählt Neacsiu. Sie ist froh, dass die Stadt im benachbarten Büro mittlerweile eine Krankenversicherungsclearingstelle eingerichtet hat, in der geprüft wird, ob die Klienten in ihren Heimatlän-

dern eine Versicherung haben. Wegen der Coronamaßnahmen kann das Duo zurzeit Beratungen nur noch über Termine vergeben. „Aber weil andere wichtige Behörden für den Publikumsverkehr geschlossen sind, dauert die Weitervermittlung, die wir online organisieren müssen, manchmal zwei bis drei Wochen. Früher haben wir ihnen einen Laufzettel in die Hand gegeben und ihre Anliegen – sei es Arbeitsplatzsuche, Kindergartenplatz, Einschulung oder Sozialleistungen – waren innerhalb von ein, zwei Tagen gelöst“, berichtet Neacsiu. „Wir können ihnen aber nur eine Erstberatung anbieten. Bei der Arbeitsplatzsuche dürfen nur die Migrationsberatungsstellen helfen“, betont Hadzhieva.

Bisher hat das Projekt seit dem Start 2016 rund 8000 Klienten geholfen. Die EU-Förderung läuft im Sommer 2022 aus. „Wie es danach weitergeht, ist ungewiss, für uns und für die Klienten“, sagt Lukas Günther. „Wir wünschen uns, dass die Kommune das Projekt in ihr Regelanbot aufnimmt. Damit es weiter bestehen bleiben kann.“



Mariya Hadzhieva berät auf Bulgarisch. Foto: Erdal Aslan